



## Armut in Deutschland ist hausgemacht

Kommentar von Katrin Werner zu den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur Armutsgefährdung in Deutschland.

Die soziale Schere zwischen Arm und Reich ist so groß wie noch nie. Nach EU-Definition gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Einkommen nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung eines Landes beträgt. In Deutschland liegt dieser Schwellenwert für Armutsgefährdung im Jahr 2010 für eine alleinlebende Person bei einem Jahreseinkommen von 11.426 Euro im Jahr, das entspricht 952 Euro im Monat.

Bemerkenswert an den neuen Zahlen ist, dass die Armutsgefährdungsquote mit 15,8 Prozent deutlich höher liegt als die Erwerbslosenquote. Das offenbart das wahre Ausmaß von Menschen, die in Deutschland trotz Arbeit arm sind. Insbesondere die Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind erheblich armutsgefährdet. Gerade diesen Bereich aber haben die amtierende Bundesregierung wie

schon ihre Vorgängerinnen durch ihre Arbeitsmarktpolitik systematisch gefördert. Die Empörung von SPD und Grünen ist nichts anderes als Wahlkampfgetöse, mit dem beide Parteien davon ablenken wollen, dass sie selber die Armut in Deutschland mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen eingeführt haben. Das Gerede von unterschiedlichen Lagern Rot-grün und Schwarz-gelb ist folglich ein Hirngespinnst. SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP sind längst gleichberechtigte Mitglieder in der neoliberalen Einheitspartei Deutschlands.

DIE LINKE ist die einzige soziale Alternative gegen das neoliberale Hartz-Kartell der sozialen Kälte. Zur Armutsbekämpfung sind notwendig: ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 10 EURO pro Stunde, eine armutsfeste Mindestrente und eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung für Erwerbslose.

**NEWSLETTER**  
DER BUNDESTAGSABGEORDNETEN  
**KATRIN WERNER**

**INHALT**

ARMUT IN DEUTSCHLAND

FOLTER IN DEUTSCHLAND

MENSCHENRECHTE  
ÄLTERER MENSCHEN

**DIE LINKE.**



## Armut in Deutschland im 10. Menschenrechtsbericht

Zweijährlich erscheint der Menschenrechtsbericht der Bundesregierung. Er ist das zentrale Dokument der Bundesregierung im Bereich Menschenrechte und besteht aus insgesamt vier Abschnitten: Teil A beschäftigt sich mit der Situation in Deutschland und in den vergemeinschafteten Politikbereichen innerhalb der EU; Teil B befasst sich mit den Menschenrechten in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik; Teil C beschreibt die Menschenrechtssituation in ausgewählten Ländern und Teil D informiert über die Schwerpunktvorhaben der Bundesregierung in ihren menschenrechtsbezogenen Aktionsplänen.

Als Mitglied und zeitweilige Leiterin der AG Menschenrechte der Linksfraktion im Bundestag hat sich MdB Katrin Werner bereits intensiv mit dem Vorgängerbericht beschäftigt. Zum 9. Menschenrechtsbericht hat die AG Menschenrechte zuerst einen Entschließungsantrag im Menschenrechtsausschuss vorgelegt, darauf aufbauend hat die Fraktion DIE LINKE einen Entschließungsantrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Am Beispiel der Armut zieht Katrin Werner ein kurzes Resümee über erzielte Erfolge und fortbestehende Herausforderungen:

„In unserem Entschließungsantrag hatten wir unter anderem gefordert, dass sich künftige Menschenrechtsberichte stärker mit Verletzungen vor

allem von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten in Deutschland beschäftigen müssten. Insbesondere die Ausbreitung der Armut in Deutschland und eine entsprechende Ursachenanalyse bildete ein vordringliches Anliegen unseres Antrags.

Es ist positiv zu vermerken, dass die Bundesregierung im 10. Menschenrechtsbericht nun dieses Anliegen zumindest auf zwei Seiten aufgreift und die Bekämpfung der Armut zu einem Schwerpunktvorhaben erklärt. Das ist zweifellos ein Fortschritt, der auch auf die beharrliche Oppositionsarbeit der LINKEN zurückzuführen ist. Allerdings stellt die Bundesregierung die Armutssituation nur sehr oberflächlich dar und vermeidet jeglichen Bezug zu ihrem eigenen Handeln in der Sozialgesetzgebung wie Hartz IV, Niedriglohn und prekäre Beschäftigung, die die eigentlichen Ursachen für die ausufernde Massenarmut darstellen. Sie benutzt ebenfalls nur einen von drei möglichen Messindikatoren, was ähnlich wie in der Arbeitslosenstatistik dazu führt, dass bestimmte Betroffene statistisch nicht erfasst werden. Die Bundesregierung versucht damit, ihre verheerende Sozialbilanz schönzurechnen.

Es findet auch keine Unterscheidung zwischen Kinder- und Altersarmut statt, die ggf. mit unterschiedlichen politischen Instrumenten zu bekämpfen wären. Gegenwärtig wachsen allein rund 2,4 Millionen Kinder in

Deutschland in Armut auf, weil ihre Eltern ein zu geringes Einkommen erzielen oder auf Hartz IV angewiesen sind. Aufgrund häufiger gewordener Brüche in den Berufsbiografien infolge längerer Phasen von Erwerbslosigkeit und schlecht bezahlter Beschäftigung droht in den nächsten Jahrzehnten auch ein massiver Anstieg bei der Altersarmut. Dies wird noch verstärkt durch die Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus. In der Konsequenz droht einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung künftig ein dauerhaftes Leben in Armut.

Kinder, die wegen der Einkommensarmut der Eltern und der sozialen Undurchlässigkeit unseres Schulsystems einen deutlich schlechteren Zugang zu Bildungs- und Ausbildungschancen haben, sind im Erwachsenenalter stärker von Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung betroffen und werden wegen ihrer geringeren Sozialversicherungsbeiträge als Rentner ebenfalls ein Leben in Armut führen müssen. Wenn nicht bald entschieden gegengesteuert wird, droht ein Teufelskreislauf aus generationenübergreifender Armut von der Wiege bis zur Bahre.

Es ist der falsche Ansatz, Armut mit auf bestimmten Zielgruppen beschränkten Projekten und Programmen nachträglich bekämpfen zu wollen, so sinnvoll dies auch im Einzelfall sein mag. DIE LINKE fordert, dass vor allem diejenigen Gesetze



geändert bzw. abgeschafft werden müssen, die für die Entstehung von Armut ursächlich verantwortlich sind! Die linke Feststellung: Hartz IV ist Armut per Gesetz – weg damit! stimmte damals wie heute. Armut ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung: Sie verletzt die Würde der Menschen, indem sie ihre Möglichkeiten gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe massiv einschränkt und in wachsendem Maß auch die Gesundheit der Betroffenen gefährdet.

Ich streite dafür, dass Armut weltweit, aber auch bei uns in Deutschland, bekämpft wird.“

Den 10. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung sowie ein Kommentar von MdB Katrin Werner und weitere Stellungnahmen unter:

[www.katrinwerner.de/themen/menschenrechtsbericht/](http://www.katrinwerner.de/themen/menschenrechtsbericht/)



## Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt

Pressemitteilung von MdB Katrin Werner am 24. April 2013.

„Es geht nicht um einen einzelnen steuerhinterziehenden CSU-Fan wie Hoeneß oder um Leute wie Beckenbauer oder Schumacher, sondern um ein ganzes System, das Profitgier und Steuerflucht zu normalen Umgangsformen erklärt. Dieses perfide System hat einen Namen und heißt Kapitalismus“, meint Katrin Werner, Mitglied des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags und Landesvorsitzende der LINKEN in Rheinland-Pfalz in der aktuellen Debatte um Steuergerechtigkeit. Werner weiter:

„Die Frage der Unschuldsvermutung stellt sich im Fall Hoeneß nicht. Der Chefmanager von Bayern München hat sich selbst angezeigt, d. h. er hält sich selbst für schuldig. Für sein persönliches Fehlverhalten sind die Staatsanwaltschaft und Justiz zuständig. Darüber hinaus müsste es aber vor allem um die ganz „legalen“ Steuerhinterziehungsmodelle der Großbanken gehen, die sich mit Off-



Foto: dpa

shore-Verlagerungen in Steueroasen und mit windigen Abschreibungstricks arm rechnen können und damit die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als Deppen strafen.

Deutschland muss sich entscheiden: Für die vielen Lohnabhängigen, die pünktlich und in voller Höhe ihre Steuern zahlen, für solide Handwerksbetriebe, für sozial orientierte und solidarisch steuerzahlende Unternehmen und Selbständige oder für Raffgier und Niedertracht, mit der Konzerne wie Bayern München, die Deutsche Bank, Amazon und andere

Unternehmen versuchen, ihre Konkurrenz platt zu machen und die Gesellschaft um Milliarden zu prellen.

Der Fall Hoeneß ist längst keine Privatsache mehr, sondern Ausdruck einer politischen Debatte, wie viel Zerstörung sich unsere Gesellschaft eigentlich noch gefallen lassen will. DIE LINKE fordert die sofortige Trockenlegung von Steueroasen, eine Meldepflicht für deutsche Privatvermögen im Ausland nach US-amerikanischem Vorbild und eine Bundesfinanzpolizei zur Verfolgung von Steuerkriminalität.“



## Schutz vor Folter in Deutschland stärken

Auszug aus der Protokollrede von MdB Katrin Werner am 14. März 2013 im Deutschen Bundestag.

Das Folterverbot ist in allen zentralen Menschenrechtsverträgen verankert: in Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in Artikel 7 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie in Artikel 3 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Darüber hinaus haben gegenwärtig 146 Staaten auch die UN-Antifolterkonvention ratifiziert. Damit sind ausreichende vertragsvölkerrechtliche Grundlagen vorhanden, um die Geißel der Folter endgültig aus der Welt zu schaffen.

[...] Es ist unbestreitbar, dass in zahlreichen Unterzeichnerstaaten zum Teil massiv bzw. systematisch gegen das Folterverbot verstoßen wird: Kasachstan, Belarus, Sri Lanka und Saudi-Arabien sind einige solcher Fälle. Jedoch müssen eben auch die USA mit zu diesem Kreis gezählt werden wegen ihrer bekannt gewordenen Verhörmethode des Waterboarding und den anderen schrecklichen Folterpraktiken, die vor allem gegenüber Terrorverdächtigen in Guantanamo systematisch praktiziert wurden. Das Beispiel Guantanamo lehrt zudem, dass auch Demokratien nicht per se vor Rückfällen in anti-humanistische Zustände gefeit sind, auch wenn dies bei Diktaturen systembedingt häufiger der Fall ist. Wenn die Demokratie die Auseinandersetzung mit der Diktatur aber für sich entscheiden

will, muss sie sich als das humanere, politisch freiere und sozial gerechtere Gesellschaftssystem behaupten. Dies verlangt von allen Demokratien eine Vorbildrolle bei der Einhaltung der Menschenrechte und hohe Standards zu deren Umsetzung und Anwendung in der gesellschaftlichen Alltagsrealität.

Leider muss bei dem wichtigen Thema Folterprävention festgestellt werden, dass Deutschland seine Vorbildfunktion als Demokratie geradezu sträflich vernachlässigt. Es gibt zwar formal seit Ende 2008 eine Bundesstelle zur Verhütung von Folter mit Sitz in Wiesbaden, die den gesetzlichen Auftrag hat, Orte der Freiheitsentziehung aufzusuchen und auf mögliche Missstände zu untersuchen. Bereits in ihrem ersten Jahresbericht 2009/2010 hat die Bundesstelle jedoch darauf hingewiesen, dass sie wegen unzureichender personeller und finanzieller Ressourcen ihren gesetzlichen Auftrag bestenfalls „nur ansatzweise“ erfüllen könne. Der Jahresbericht 2010/2011 knüpft hieran nahtlos an. Die Bundesstelle ist allein für 360 Gewahrsamseinrichtungen zuständig. Ihr bisheriges Budget in Höhe von 100.000 EURO ermöglicht lediglich die Anstellung von maximal drei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Vollzeit sowie einer Fachangestellten für Bürokommunikation. Zusammen mit den jeweiligen Länderkommissionen

müssten sogar mehrere tausend Gewahrsamseinrichtungen in Deutschland überwacht werden, was mit dem gegenwärtigen Personaltableau faktisch unmöglich ist. Unser Nachbar Frankreich gibt übrigens bei einer deutlich geringeren Gesamtbevölkerungszahl in diesem Bereich jährlich rund 3,3 Millionen Euro aus!

Das ist nicht nur Ausdruck der typischen Placebo-Politik von Schwarz-gelb, die wir beim Thema Menschenrechte schon zur Genüge kennen. Die Vernachlässigung der Folterprävention in Deutschland ist vielmehr ein handfester politischer Skandal, weil die Bundesregierung damit bewusst riskiert, dass schlimmstenfalls schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in bundesdeutschen Gewahrsamseinrichtungen unentdeckt bleiben und die Betroffenen unter menschenrechtslosen Umständen leben müssen. Hierbei hilft letztlich nur die regelmäßige Kontrolle von außen und durch unabhängige Dritte, um zu verhindern, dass sich menschenrechtswidrige Praktiken dauerhaft etablieren können. Genau darum geht es bei der Folterprävention.

Es entspricht einer schallenden Ohrfeige für die Bundesregierung, dass der UN-Ausschuss gegen Folter in seinen abschließenden Bemerkungen vom 12. Dezember 2011 zum Fünften Staatenbericht Deutschlands eben diese Defizite gerügt hat.

# LINKS IM BUND

## REDEN

Wer die UN-Antifolterkonvention ernst nimmt, kann diese Kritik nur begrüßen. Solange die Bundesregierung nämlich immer nur bestimmte Länder wie vor allem Russland, China, Vietnam, Kuba, Venezuela, Aserbaidschan, Serbien, Belarus oder die Ukraine wegen ihrer Menschenrechtsdefizite durch den Kakao zieht, aber zu Menschenrechtsverletzungen in befreundeten, westlichen bzw. pro-westlich orientierten Ländern vornehm schweigt und ihre eigenen Hausaufgaben unerledigt lässt, ist sie vollkommen unglaubwürdig. [...] Für DIE LINKE ist klar: Menschenrechtsverstöße müssen überall und

gegenüber jeder Regierung thematisiert werden, die hierfür die politische Verantwortung trägt – allerdings ohne dabei in der Pose des Oberlehrers und Moralapostels aufzutreten, die uns ohnehin niemand abnimmt. Die praktische Instrumentalisierung der Menschenrechte und die Verwendung von doppelten Standards beruhen immer auf politischem Kalkül. Dafür gibt es von uns keine Unterstützung! [...]

Die vollständige Protokollrede unter:  
[www.katrinwerner.de/bundestag/reden/](http://www.katrinwerner.de/bundestag/reden/)

## Menschenrechte älterer Menschen stärken

Protokollrede von MdB Katrin Werner am 25. April 2013 im Deutschen Bundestag.

Im Jahr 2050 wird jede und jeder dritte Deutsche älter als 60 Jahre sein. Das wird aber nicht nur bei uns und in anderen Ländern des Nordens der Fall sein, sondern gilt weltweit. Seriösen wissenschaftlichen Prognosen zufolge werden im Jahr 2050 weltweit etwa 2 Milliarden Menschen über 60 Jahre alt sein. Heute sind es gerade einmal 810 Millionen. In praktisch einer Generation wird es insgesamt mehr ältere Menschen auf der Erde geben als Kinder unter 14 Jahren.

Für ein würdevolles Leben im Alter müssen die Rechte älterer Menschen gestärkt werden, weil es sich um eine stetig wachsende Gruppe von Menschen handelt, die besonders verletzlich ist. Es ist daher richtig, wenn

die SPD in ihrem Antrag fordert, der besonderen Schutzbedürftigkeit von älteren Menschen dahingehend Rechnung zu tragen, dass eine eigene UN-Konvention verabschiedet und ein zuständiger Sonderberichterstatter ernannt werden sollte. Denn was hilft es, wenn eine Konvention vorhanden ist, aber keine entsprechende Kontrolle stattfindet? Die Linke unterstützt beide Forderungen ausdrücklich!

Es überrascht mich nicht, dass die Bundesregierung vehement gegen die Verabschiedung einer UN-Konvention ist. Wer gleich zu Beginn seiner Regierungszeit, wie dies Schwarz-gelb 2009 getan hat, ausgerechnet bei der nationalen Antidiskriminierungsstelle den



## TERMINE

4. Mai 2013:  
18 Uhr

**DIE LINKE im Gespräch -  
Veranstaltung mit Gregor Gysi**  
Circus Maximus  
Stegemannstraße 30, Koblenz

5. Mai 2013:  
9.30 bis 11:30 Uhr

**Frühstück mit Gregor Gysi**  
„Zum Christophel“  
Simeonstraße 1, Trier

5. Mai 2013:  
11:30 bis 13:30 Uhr

**Eröffnung Karl-Marx-  
Installation mit Gregor Gysi**  
Stadtmuseum Simeonstift,  
Trebeta-Saal  
Simeonstraße 60, Trier

6. Mai 2013:  
10 bis 12 Uhr

**BürgerInnenfrühstück**  
Wahlkreisbüro Katrin Werner  
Paulinstraße 1-3, Trier

13. bis 17. Mai 2013:

**Sitzungswoche des  
Deutschen Bundestages**  
Berlin

29. Mai 2013:  
18 :30 Uhr

**DIE LINKE im Gespräch -  
Veranstaltung mit Gregor Gysi**  
Gaststätte Philipp eins  
Johannesstraße 19, Speyer

Mehr Infos zu den Veranstaltungen, zur Anmeldung und Kontaktaufnahme unter:  
[www.katrinwerner.de/termine/](http://www.katrinwerner.de/termine/)



Rotstift ansetzt, zeigt damit, dass er auch bei den älteren und kranken Menschen die neoliberale Politik sozialer Grausamkeiten durchexerzieren will. Die sozial Schwachen und die besonders verwundbaren Gruppen sind immer die Ersten, die es trifft. Darauf ist bei dieser Bundesregierung immer Verlass gewesen.

Um von der sozialen Kahlschlagpolitik auch in diesem Bereich abzulenken, hat Schwarz-gelb ein Placebo präsentiert: Es ist die Demografie-Strategie, die eine Fülle von unverbindlichen, wohlklingenden Absichtserklärungen enthält, ohne dabei konkrete Aktionspläne und Instrumente zu präsentieren. Das kennen wir schon zur Genüge aus anderen Bereichen.

Die Menschenrechtsverletzungen gegenüber älteren Menschen schreien auch bei uns zum Himmel: Es gibt einen akuten Pflegenotstand. In Alters- und Pflegeheimen fehlen examinierte Altenpflegerinnen und Altenpfleger. Stress und Überlastung bestimmen den Arbeitsalltag vieler Beschäftigten, die mit 8,50 EURO pro Stunde abgespeist werden. Niemand sollte in einem solchen verantwortungsvollen Beruf unter 10 EURO pro Stunde arbeiten müssen! Das fehlt im Antrag der SPD, der nur sehr allgemein bessere Arbeitsbedingungen und einen gesetzlichen Mindestlohn für die Beschäftigten fordert, ohne eine konkrete Höhe zu nennen. Die Leidtragenden dieser kaltherzigen, neoliberalen Arbeitsethik sind die alten und pflegebedürftigen Menschen, die zu wenig menschliche Zuwendung

erhalten und häufig nicht einmal ausreichend zu trinken bekommen. Ruhigstellungen durch Medikamente, Zwangsernährung mittels Magensonden und Fixierungen an Händen und Füßen sind ebenfalls keine Seltenheiten. Das sind schwere Einschränkungen in das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Menschen.

Der Großteil der Pflege, etwa zwei Drittel, spielt sich in der Familie ab. Viele Angehörigen kümmern sich aufopferungsvoll um ihre alten und kranken Familienmitglieder, obwohl dies oft nur schwer mit dem Beruf zu vereinbaren ist. Sie benötigen mehr gesellschaftliche Anerkennung und stärkere Unterstützung durch die Politik. Auch das Heimrecht müsste den gesellschaftlichen Realitäten stärker Rechnung tragen. Darauf geht der SPD-Antrag leider überhaupt nicht ein.

Ein heute schon absehbares Problem wird die künftige Altersarmut sein. Durch den von Rot-grün mit der Agenda 2010 eingeführten Niedriglohnsektor drohen vielen heutigen Erwerbstätigen im Alter Minirenten, die keinen menschenwürdigen Lebensabend mehr garantieren. Frauen werden davon besonders betroffen sein, da sie infolge von Kindererziehungszeiten und mehr prekärer Beschäftigung häufiger unterbrochene Erwerbsbiografien aufweisen als Männer und dementsprechend geringere Rentenansprüche erwerben. Hinzu kommt ihr längeres Lebensalter. Bereits jetzt kommen bei den über 80-Jährigen 100 Frauen auf 61 Männer. Daraus lässt sich ableiten:

Die künftige Altersarmut wird ebenso wie die Pflegebedürftigkeit vor allem ein weibliches Gesicht tragen.

Das wird auch in anderen Bereichen zu ernsthaften Problemen führen, die der SPD-Antrag vernachlässigt. Wie verhält es sich beispielsweise, wenn aufgrund der Rentenkürzungspolitik der Bundesregierung bei gleichzeitiger Preistreiberei auf dem Wohnungsmarkt die Seniorinnen und Senioren künftig größere Schwierigkeiten haben werden, ihre Mieten zu bezahlen? Der Zugang zu bezahlbarem und angemessen ausgestattetem Wohnraum ist ein Menschenrecht, das auch Älteren zusteht! Und wie steht es um die Finanzierung von altersgerechtem Wohnraum, wenn aufgrund der weiter zunehmenden Lebenserwartung der Menschen auch der Bedarf steigt und gleichzeitig bei der öffentlichen Wohnungsbauförderung Ebbe herrscht, weil die Kommunen klamm bei Kasse sind und die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten müssen? Hier muss eindeutig in größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen gedacht werden, was die Auswirkungen der neoliberalen Sozialkahlspolitik der letzten zehn Jahre betrifft, die sich vor allem gegen die Schwächsten der Gesellschaft richtet. Wenn diese Entwicklung nicht endlich gestoppt wird, dann wird in Deutschland womöglich schlimmstenfalls Altersarmut sogar bald mit physisch bedrohlicher Ernährungsarmut einhergehen!

Ein weiteres Problem ist die Altersdiskriminierung. Es ist vollkommen inakzeptabel, wenn Menschen aufgrund ihres Alters von sozialer,



politischer und kultureller Teilhabe ausgeschlossen werden, indem bei Ehrenämtern, Partei,- Vereins- oder Kirchenmitgliedschaften von vornherein Altersgrenzen existieren oder eingeführt werden sollen oder sie trotz guter Gesundheit zu Opfern fremdbestimmter Vormundschaft gemacht werden. Im neoliberalen Gesellschaftsentwurf werden ältere Menschen primär zu einem „Kostenfaktor auf zwei Beinen“ degradiert, denen im Rahmen eines „aktivierenden Sozialstaats“ bestenfalls Almosen zustehen. Die Linke stellt sich dieser menschenverachtenden Denklogik entgegen: Für uns ist jedes Menschenleben von materiell unermesslichem Wert! Ältere Menschen sind eine Bereicherung für die Gesell-

schaft: Gerade wegen ihrer Lebenserfahrung können sie wichtiges Wissen an jüngere Generationen weitergeben, sich um die Mit-Erziehung ihrer Enkelkinder kümmern und häufig auch lange Zeit noch selbst aktiv ihre Interessen und Hobbys bestreiten. Ältere Menschen sind auch das historische Gedächtnis einer Gesellschaft. Wo stünden wir heute als Demokratie und als Gesellschaft ohne ihre persönlichen Erfahrungen aus der Zeit des Hitlerfaschismus, des Zweiten Weltkriegs und der jahrzehntelangen Lebensrealitäten in zwei unterschiedlichen politischen Systemen als Folge der Teilung Deutschlands? Darauf können und dürfen wir als Gesellschaft um unserer selbst willen nicht verzichten!

Und die älteren Menschen benötigen bessere gesellschaftliche Rahmenbedingungen, um in der Mitte unserer Gesellschaft in Würde alt werden zu können. Das ist die Aufgabe der Politik. Der SPD-Antrag liefert hierfür einige wichtige Anregungen, er bleibt allerdings in etlichen Punkten zu oberflächlich, auch weil die SPD innerlich immer noch nicht aus ihrer neoliberalen Sackgasse herausgekommen ist, in die sich unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders selbst hineinmanövriert hat. Aus diesem Grund kann sich Die Linke bei dem Antrag auch nur enthalten, betrachtet ihn allerdings als einen wichtigen Impuls für die gesellschaftspolitische Debatte, die bei diesem Thema keinen Zeitaufschub mehr duldet.

## Raus zum 1. Mai!

Pressemitteilung von MdB Katrin Werner zum Internationalen Tag der Arbeit.



„Das neoliberale Hartz-Kartell der sozialen Kälte braucht den demokratischen Protest von links. Es bleibt richtig: Wer nicht kämpft, der hat verloren. Und es gibt vieles in- und außerhalb Deutschlands, für und gegen sich das Kämpfen lohnt:

Für menschenwürdige Arbeit und faire Löhne nicht unter 10 Euro pro Stunde – gegen Armut, Leiharbeit und Minijobs;  
Für sozial gerechte Bildung, die kein Kind zurücklässt – gegen ein Schulsystem, das sich am sozialen Status oder der Herkunft der Eltern orientiert;  
Für ein menschenwürdiges Leben im Alter und bei Krankheit – gegen

Armutsrenten und Zwei-Klassen-Medizin;  
Für eine inklusive Gesellschaft, in der sich Menschen nicht für Herkunft, Alter, Geschlecht, eine Behinderung oder geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung rechtfertigen müssen – gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, rechtsradikale Gewalt und Nazi-Terror gegen die Schwachen;  
Für eine solidarische Gesellschaft, in der breite Schultern mehr tragen als schmale Schultern – gegen Zockerbanken, kriminelle Gierschlünde und Steuerhinterzieher;  
Für gleiche Bezahlung zwischen den Geschlechtern und mehr Frauen in

Chefetagen der Unternehmen – gegen die Vorstellung, Frauen gehörten an den Herd;  
Für Solidarität mit den Schwachen und Armen überall in der Welt – gegen weltweite Rüstungsexporte und Kampfpanzer für Saudi-Arabien;  
Für den Frieden und gegen den Krieg!  
Für Freiheit, Gleichheit und Solidarität im eigenen Land und in der ganzen Welt!  
Dafür und für noch mehr kämpfen seit je Arbeiterinnen und Arbeiter in aller Welt. Auf dass die Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden: Kommt alle zum 1. Mai! Die Proletarierinnen und Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten.“